

DOWAS JAHRESBERICHT

2009

www.dowas.at
6900 Bregenz, Merbodgasse 10
Tel. 05574/46 382, Fax DW -3
Spenden: Sparkasse Bregenz
Kto.: 0000-018036, BLZ 20601

INHALT

- 1 Vorwort Jahresbericht 2009 (Vorsitzender)
- 2 Geschäftsführung
- 6 Von Spenden und anderen Wohltaten
- 8 Betreutes Wohnen
- 10 Ambulante Beratung (Sozialhilfe)
- 12 Grundversorgung
- 14 Betriebliche Sozialarbeit
- 16 INTEGRA
- 18 Öffentliches Innenleben
Auszug aus: Bertolini, Rita: Innenleben Vorarlberg
- Kontakt

Impressum

Herausgeber: Verein Dowas, 6900 Bregenz
Für den Inhalt verantwortlich: Michael Diettrich
Gestaltung: Bertolini LDT, Bregenz
Druck: Thurnher Druck, Rankweil



VORWORT DES VORSITZENDEN

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder und DOWAS-UnterstützerInnen!

Die Armut wächst. Alle Studien in mitteleuropäischen Ländern zeigen, dass die umfassende Teilhabe und der Zusammenhalt für immer mehr Menschen gefährdet und vielfach nicht mehr möglich sind.

Dieser Satz stand schon in meinem Vorwort für den Jahresbericht 2008 – er behält leider weiterhin Gültigkeit. Ich möchte das Thema hier nicht vertiefen und verweise auf den nachfolgenden, sehr ausführlich auf die aktuelle Diskussion um Mindestsicherung, Sozialmissbrauch und Armut eingehenden Bericht des Geschäftsführers. Armut wird öffentlich konstruiert, hat jedoch ganz reale Wirkungen, indem sie die Lebensgestaltung vieler Menschen massiv einschränkt. Dies ist nicht nur an der aktuellen Diskussion um die neue Mindestsicherung zu beobachten. Der Auszug aus dem Buch von Rita Bertolini ("Innenleben Vorarlberg") auf Seite 18 dieses Jahresberichtes zeigt, dass diese Konstruktion auch eine kulturhistorische Dimension hat.

Deshalb wollen wir Ihnen, geschätzte Leserinnen und Leser, im „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ einige Informationen zugänglich machen, die in der öffentlichen Diskussion meist untergehen bzw. verschwiegen oder ignoriert werden.

DOWAS Bregenz stellt sich den Entwicklungen in allen Geschäftsbereichen: Mit Grundversorgung – Beratung (-sstelle) – Betreutem Wohnen und auch durch unsere gesellschaftsrechtliche Beteiligung an bzw. aktive Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen INTEGRA - Arbeitsinitiative Regio Bodensee GmbH versuchen wir in der Region gegen die zunehmende Armutsgefährdung und tatsächliche Verarmung zu wirken.

Ich danke allen, die 2009 dazu beigetragen haben. Den MitarbeiterInnen für ihren guten fachlichen und auch menschlich großartigen Einsatz, den FördergeberInnen Land Vorarlberg, Stadt Bregenz, Bundesministerium für Justiz und etlichen Privatpersonen für ihre finanzielle und teilweise auch ideelle Unterstützung, zusätzlich dem AMS Vorarlberg und vielen vorarlberger Firmen für die Förderung von INTEGRA. Auch den MitarbeiterInnen in Ämtern und den anderen mit uns kooperierenden Organisationen des Sozialen Netzes sei herzlich gedankt.

Besonders danken möchte ich aber der Kabarettistin Barbara Balldini und ihrem Manager, unserem früheren Vereinsvorsitzenden Günter Lissy. Sie haben uns – unterstützt von zahlreichen SponsorInnen – den Reinerlös einer Benefizveranstaltung im ausverkauften Festspielhaus Bregenz für ungewöhnliche Aktivitäten mit wohnungs- und arbeitslosen Menschen überlassen!

Wir freuen uns auf NachahmerInnen!

Wer DOWAS und INTEGRA mit Ideen, Arbeitsmöglichkeiten, Sachspenden, Geld oder Know-how unterstützen möchte, ist herzlich willkommen. Wir brauchen Sie und Ihre Ressourcen!

Martin Bentele
Vorsitzender



„Unter einer Straßenlaterne steht ein Betrunkener und sucht und sucht. Ein Polizist kommt daher, fragt ihn, was er verloren habe, und der Mann antwortet: ‚Meinen Schlüssel‘. Nun suchen beide. Schließlich will der Polizist wissen, ob der Mann sicher ist, den Schlüssel gerade hier verloren zu haben, und jener antwortet: ‚Nein, nicht hier, sondern dort hinten – aber dort ist es viel zu finster.‘“

Paul Watzlawik, Anleitung zum Unglücklichsein, 1994, S. 6

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Mehr Krisenintervention statt Reintegration

Was sich im Jahr 2008 nur angedeutet hatte, wurde in 2009 deutlich sichtbar: Die in Folge der Wirtschaftskrise veränderten sozialen Bedingungen schlugen auch auf unsere Betreuungsarbeit durch. Dabei sind es nicht einmal die insgesamt wieder leicht gestiegenen KlientInnenzahlen, die uns Sorge bereiten.

Bedenklich ist die Schwerpunktverlagerung von nachhaltigen Reintegrationsmaßnahmen in den Bereich der Grundversorgung, wo es vorrangig um die Behebung akuter Notlagen geht: Innerhalb von zwei Jahren stiegen zunächst die KlientInnenzahlen unserer Notschlafstelle, dann auch die Besuchszahlen in unserem Treffpunkt um rund 20 %. Gleichzeitig sanken die Leistungen unserer ambulanten Wohnbetreuung, nicht weil der Bedarf sich verringert hätte, sondern weil das Wohnungsangebot sich wieder drastisch verschlechtert hat. Ausschlaggebend war hier, dass das mit viel Hoffnung verbundene Sonderprogramm Soziales Netzwerk Wohnen unsere Erwartungen für den Bezirk Bregenz nicht erfüllt hat: Im Startjahr 2007 erhielt DOWAS insgesamt 8 gemeinnützige Wohnungen zu Betreuungszwecken zugewiesen, in 2009 waren es gerade noch 2.

Insofern ist es kein Zufall, dass 2009 die Betreuungsleistungen in der auf nachhaltige Reintegration ausgerichteten ambulanten Wohnbetreuung ziemlich exakt im gleichen Umfang abnahmen, wie die in der stationären Wohngemeinschaft und der Notschlafstelle anstiegen. Auch bei den Beratungen stellen wir eine Verlagerung von der Beratungsstelle in die Notschlafstelle fest. Insgesamt ist in dies eine signifikante Umkehr des Trends der Jahre 2003 bis 2007, in denen uns eine Schwerpunktverlagerung unserer Arbeit von der kurzfristigen Behebung akuter Notlagen (Grundversorgung) in die nachhaltigere Wohnbetreuung gelungen war.

von DOWAS betreute KlientInnen (Sozialhilfe & INTEGRA)

	Anzahl		%	
	2009	2008	2009	2008
von DOWAS betreute KlientInnen insgesamt	692	662	100%	100%
davon männlich	438	439	63,3%	66,3%
davon weiblich	254	223	36,7%	33,7%
über Sozialhilfe betreute KlientInnen	450	435	100%	100%
davon männlich	337	336	74,9%	77,2%
davon weiblich	113	99	25,1%	22,8%
über INTEGRA betreute KlientInnen	266	236	100%	100%
davon männlich	117	109	44,0%	46,2%
davon weiblich	149	127	56,0%	53,8%

Geplante Mindestsicherung ist mangelhaft

Diese Änderung der Schwerpunktsetzung (dauerhafte Verhinderung von Armut statt kurzfristiger Flickschusterei) hatten nicht nur wir in den letzten Jahren auch für die Sozialpolitik mehrfach ange-mahnt. Die neue Mindestsicherung, die ab Herbst 2009 die bisherige Sozialhilfe ersetzen soll, kann vor diesem Hintergrund jedoch nur als große Enttäuschung bezeichnet werden: Als das Gesetzes-vorhaben auf den Weg gebracht wurde, war von einer Mindestabsicherung in Höhe der Schwelle zur Armutsgefährdung und einer österreichweiten Harmonisierung die Rede. Außerdem sollten die Zugangshürden von MindestsicherungsempfängerInnen zum Arbeitsmarkt gesenkt werden. Davon ist im jetzt vorliegenden Gesetz nichts mehr vorhanden: Die finanzielle Absicherung (max. € 744 incl. Miete für Alleinstehende) liegt weit unter der Schwelle zur Armutsgefährdung (€ 950) und würde in vielen Bundesländern sogar unter den Sätzen der bisherigen Sozialhilfe liegen. Schlechter als bisher würden vor allem Familien mit vielen Kindern und Alleinerziehende gestellt.

Zwar gibt es ein sog. Verschlechterungsverbot, aber in einigen Bundesländern (darunter offenbar auch Vorarlberg) wird bereits darüber diskutiert, dass dieses nur für bereits bewilligte Sozialhilfeanträge, nicht aber für Neuansprüche gelten soll. Ebenso sieht das Gesetz zwar vor, dass die einzelnen Bundes-länder für ihren Hoheitsbereich die Mindestsicherung „freiwillig“ aufstocken können. Abgesehen davon, dass damit die beabsichtigte Harmonisierung wieder in weite Ferne rückt, hält sich das dies-bezügliche Engagement der Bundesländer in Anbetracht der Finanzkrise in engen Grenzen – Tenor: „Es soll so billig wie möglich werden“.

Berufliche Reintegration ade?

Auch von der beabsichtigten Förderung einer beruflichen Reintegration der Mindestsicherungs-empfängerInnen kann keine Rede mehr sein: Hatte die letzte Bundesregierung mit Sozialminister Buchinger noch rund 60 Millionen für Reintegrationsmaßnahmen von Mindestsicherungsempfänger-Innen vorgesehen, hört man davon mittlerweile nichts mehr. Solche Fördermaßnahmen wären aber nötig, da der erste Arbeitsmarkt bereits jetzt nicht genügend Arbeitsplätze für gering qualifizierte Menschen bietet und der Vermittlungsbedarf durch die Einbeziehung der Mindestsicherungs-empfängerInnen noch ansteigen wird. So ist es reine Augenwischerei, wenn der jetzige Arbeits- und Sozialminister die Mindestsicherung als „arbeitsmarktpolitisches Trampolin“ bezeichnet, gleichzeitig aber sein Ministerium die Beschäftigungsförderprogramme des AMS drastisch kürzt. Anstelle einer verstärkten Förderung werden die Sanktionsmöglichkeiten bei „fehlender Bereitschaft zum zumutba-ren Einsatz der Arbeitskraft“ ausgeweitet. Angesichts nicht vorhandener Arbeitsplätze kann dies nur als Erweiterung der behördlichen Möglichkeiten für Leistungskürzungen gewertet werden.

Ein Gespenst geht um in Österreich: die „soziale Hängematte“

Fast bedenklicher als das Gesetz selbst ist aus unserer Sicht allerdings der Tenor der politischen Diskussionen rund um die Mindestsicherung: Hier wurde ein Gespenst von TransferleistungsempfängerInnen aufgebaut, die massenhaft in einer „sozialen Hängematte“ lägen und trickreich den „Missbrauch von Sozialleistungen“ betrieben. Medial geschickt wurde dies in Verbindung gebracht zu „explodierenden Sozialausgaben“, die nicht mehr bezahlbar und für die immense Staatsverschuldung verantwortlich seien. Der Bundesfinanzminister forderte gar ein „Transferkonto“, um die Treffsicherheit unseres Sozialsystems zu erhöhen und dem Sozialbetrug auf die Spur zu kommen.

Nun wird sicherlich niemand bestreiten, dass das österreichische Sozialsystem wenig „treffsicher“ ist – aber um das festzustellen, braucht man kein Transferkonto. Es ist z.B. seit langem bekannt, dass Länder, die weniger direkte finanzielle Leistungen an Familien nach dem Gießkannenprinzip verteilen wie Österreich und stattdessen mehr in die Infrastruktur investieren (Kindergärten, Ganztagschulen, Hochschulen), in ihrer Familienförderung erfolgreicher ist. In Frankreich bspw. führt die bessere Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen u.a. dazu, dass mehr Alleinerziehende einer Erwerbsarbeit nachgehen können, während sie in Österreich häufiger auf Versorgungsleistungen angewiesen und überdurchschnittlich armutsgefährdet sind.

Allerdings sollte ein Finanzpolitiker wissen, dass bedarfsgeprüfte Sozialleistungen (also solche, die überhaupt durch falsche Angaben erschlichen werden könnten) nur 7 % unserer gesamten Sozialausgaben ausmachen. Letztlich wurde in der Transferkonto-Debatte sogar nur um rund 2 % der Gesamtausgaben gestritten und der Stein des Anstoßes, die geplante Mindestsicherung liegt gerade mal bei 0,8 %. Es stellt sich die Frage, warum dieses Thema so vehement in den Vordergrund der Diskussion um Mindestsicherung und staatliche Haushaltssanierung geschoben wurde. Wie meinte doch Christoph Schneider, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik der WKÖ, anlässlich des ersten Bankenrettungspaketes: „Wir müssen von der Symptombekämpfung zur Systemgestaltung kommen. Wie ein Slamläufer schaut man in Österreich zu oft von Stange zu Stange, aber nicht zum Ziel“ (Zitat aus: Wirtschaftsblatt 11./12.12.09).

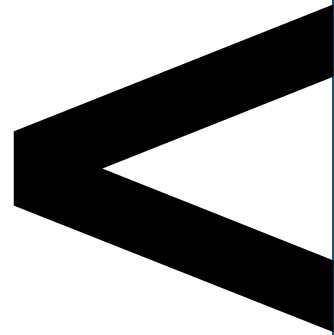
Sozialausgaben seit 30 Jahren konstant

Auch die Behauptung, unsere Sozialausgaben würden explodieren und seien deshalb nicht mehr bezahlbar, lässt sich nicht belegen. Selbst wenn sich die österreichischen Sozialausgaben (u.a. Familienbeihilfe, Pensionen, Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe) seit 1980 in der Tat vervierfacht haben, sind sie dennoch nur in gleichem Umfang gestiegen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das gemeinhin als Indikator für den Reichtum einer Gesellschaft gilt. Mit anderen Worten: Die österreichischen Sozialausgaben pendelten in den letzten 30 Jahren konstant zwischen 26 % und 30 % des BIP. Wenn also die österreichischen Staatsschulden sich im gleichen Zeitraum um den Faktor 15 erhöht haben, muss das andere Gründe als die Sozialausgaben haben.

Genauso ist das in der Debatte um Transferleistungen immer wieder zu hörende Argument, eine sinkende Zahl von SteuerzahlerInnen müsse steigende Transferleistungen finanzieren und sei damit übermäßig belastet, nur die halbe Wahrheit. Richtig daran ist, dass in den letzten 3 Jahrzehnten der Anteil der Löhne am Volkseinkommen gesunken, der Anteil der Lohnsteuern an den Steuereinnahmen hingegen gestiegen ist.¹

Im gleichen Zeitraum hat sich in Österreich aber auch die Gewinnquote erhöht, während der Steueranteil aus Unternehmensgewinnen und Vermögen am gesamten Steueraufkommen sank. Bei der Gewinnbesteuerung liegt Österreich nicht nur beträchtlich unter dem EU-Durchschnitt, sondern ist auch Schlusslicht unter den 30 OECD-Staaten. Das gleiche gilt für die Vermögensbesteuerung, bei der Österreich in der EU nur noch von Tschechien unterboten wird.

¹ Zugunsten einer einfacheren Lesbarkeit wird hier und in Folge auf Belege durch Vergleichszahlen verzichtet. Alle Behauptungen können aber durch Erhebungen u.a. von Statistik Austria, WIFO, AMECO untermauert werden.





Die OECD hat vor diesem Hintergrund in ihrem Beschäftigungsrückblick 2007 nicht nur darauf hingewiesen, dass der Rückgang der Lohnquote in Österreich besonders stark ausgeprägt ist, sondern auch empfohlen, die Einkommen aus Erwerbsarbeit steuerlich zu entlasten und die Finanzierung der sozialen Sicherung in Österreich auf eine breitere Basis zu stellen (s. DIE PRESSE vom 19.06.2007). Eine breitere Basis kann nur durch eine stärkere Beteiligung von Gewinnen und Vermögen an der Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben und sozialer Sicherung hergestellt werden.

Die in Österreich fast reflexartige Abwehr beim Thema höhere Vermögensbesteuerung, verbunden mit dem Hinweis, dadurch werde vor allem der Mittelstand weiter belastet, ist schwer nachzuvollziehen: Dem Sozialbericht 2007/2008 zu Folge besitzen 10 % der österreichischen Haushalte 54 % des Vermögens. Man sollte meinen, da bestünde bei entsprechender Gestaltung einer Vermögenssteuer viel Luft, bis der Mittelstand zusätzlich belastet würde. Selbst das Argument, die Entlastung von Gewinnen und Vermögen sichere den Wirtschaftsstandort Österreich, weil sie Investitionen anregt und damit Arbeitsplätze sichert, stimmt lange nicht mehr: Die Investitionsbereitschaft der österreichischen Wirtschaft blieb seit Beginn der achtziger Jahre deutlich hinter der Gewinnentwicklung zurück, die Investitionsquote sank und die der Arbeitslosen stieg.

Wenn jetzt also (wieder einmal) davon die Rede ist, dass zur Behebung der aktuellen Finanzkrise alle den Gürtel enger schnallen müssten und damit zunächst einmal diejenigen anfangen sollen, deren Gürtel ohnehin bereits im letzten Loch ist (s. Thema Mindestsicherung), spricht das nicht für eine Strategie im Sinne der OECD-Empfehlungen. Es erinnert eher an den renommierten österreichischen Soziologen Paul Watzlawik, der u.a. in seinem Buch „Anleitung zum Unglücklichsein“ die „erfolgreichsten und wirkungsvollsten Katastrophenrezepte“ der Menschheit beschrieben hat. Eines dieser Rezepte nannte er das „Mehr desselben“ und meinte damit das unbeirrte Festhalten an einer Lösungsstrategie, die vielleicht irgendwann einmal adäquat war, aber längst nicht mehr angemessen ist.

VON SPENDEN UND ANDEREN WOHLTATEN

DOWAS gehört normalerweise nicht zu den ersten Adressen in Vorarlberg, wenn es um Spenden für wohltätige Zwecke geht. Zwar konnten wir in den letzten Jahren unsere Spendeneinnahmen sukzessive steigern, allerdings waren wir jedes Jahr froh, wenn wir unsere Essenausgabe im Treffpunkt wie budgetär geplant aus Spenden finanzieren konnten. 2009 bildete diesbezüglich eine positive Ausnahme. Dies lag in erster Linie an Barbara Baldini. Gemeinsam mit ihrem Manager Günther Lissy hatte sie die Idee einer Benefizveranstaltung für wohnungslose Menschen. Der Erlös sollte für Aktivitäten und Dinge verwendet werden, die sich arme Menschen normalerweise nicht leisten können (z.B. Kultur, Bildung, Sport und andere Freizeitaktivitäten). Am 16. Dezember ging diese Idee dann tatsächlich über die Bühne: Barbara Baldini präsentierte im ausverkauften Bregenzer Festspielhaus ihr Kabarettprogramm „Von Liebe, Sex und anderen Irrtümern“ und konnte DOWAS anschließend einen erklecklichen Betrag zur widmungsgemäßen Verteilung an KlientInnen überreichen. Wir danken nicht nur Barbara Baldini und Günther Lissy für diese glorreiche Idee und deren erfolgreiche Umsetzung, sondern auch den SponsorInnen und UnterstützerInnen der Veranstaltung: Sparkasse Bregenz, Landeshauptstadt Bregenz, Vorarlberg online, Antennen Vorarlberg, Wann & Wo.

Die ersten Maßnahmen, die mit dem Erlös der Veranstaltung gefördert wurden, waren bis dato: ein Paar Sportschuhe, damit ein Klient an einem Sportkurs teilnehmen konnte, zwei Fahrräder und der Aufbau einer Musikgruppe, in der KlientInnen unter Anleitung eines Musiklehrers ihren (durch die Wohnungslosigkeit verschütteten) musikalischen Neigungen nachgehen können.

Für weitere größere Geldspenden bedanken wir uns bei der Firma Carini Etiketten aus Lustenau, bei den VWK Illwerke, die zum wiederholten Mal das Weihnachtsessen in unserem Treffpunkt gesponsert haben, und bei Frau Gerti Heim, die uns bzw. unsere KlientInnen als Privatperson mit einer sehr großzügigen Spende bedacht hat.

Von unschätzbarem Wert waren aber auch zahlreiche Sachspenden sowie eine Vielzahl kleinerer Geldbeträge, die uns zuteil wurden. Hierfür danken wir:

Rosmarie Böhler, Werner Fetz, Wolfgang Faigle, Anton Haid, Erich Kispert, Annelies Metzler, Gabriele Nussbaumer, Lydia Obrist, Friedl Piskernik, Cornelia Sieber, Inge Strobel, Kaspar Stadler, Beate Weinzierl, der Bäckerei Kloser in Bregenz, dem Theatercafé in Bregenz, Greber's Catering Service in Dornbirn, der Zeitung Der Standard sowie all denjenigen, die ungenannt bleiben wollen und insbesondere zur Weihnachtszeit unsere KlientInnen mit selbstgestrickten Socken, Weihnachtsgebäck, Kleidung, Bettwäsche und Decken beschenkt haben.





BETREUTES WOHNEN

Enttäuschende Entwicklung im Sonderprogramm Soziales Netzwerk Wohnen – gute Ergebnisse im stationären Intensivwohnprogramm

Ambulante Wohnbetreuungen (Notwohnungen, ABW einschl. Soziales Netzwerk Wohnen)

Erstmals seit 2003 hatten wir im zurückliegenden Jahr einen Rückgang bei den ambulanten Wohnbetreuungen zu verzeichnen. Das leichte Minus bei den Betreuungstagen geht zwar ausschließlich auf eine Verkürzung der Aufenthaltsdauer in unserer auf drei Monate angelegten Notwohnung zurück. Im ABW (Betreuungen mit nachhaltigeren Betreuungsperspektiven in DOWAS-eigenen Wohnungen und im Sozialen Netzwerk Wohnen) sank hingegen die Zahl der betreuten KlientInnen um 4 auf 29. Dies lag nicht an einem gesunkenen Bedarf. Tatsächlich hätten wir deutlich mehr KlientInnen aufnehmen und mit den vorhandenen Personalkapazitäten auch betreuen können, wenn wir mehr Wohnungen zur Verfügung gehabt hätten. Vor allem die Bereitstellung von gemeinnützigen Wohnungen über das Soziale Netzwerk Wohnen ist weit hinter die ursprünglichen Zielvorgaben zurückgefallen: Bekamen wir im ersten Jahr (2007) dieses mit viel Hoffnung verbundenen Sonderprogrammes der Landesregierung noch 8 Wohnungen und in 2008 immerhin noch 6 zugewiesen, standen im letzten Jahr aus diesem Programm nur noch ganze 2 Wohnungen für DOWAS zur Verfügung. Dies war weniger als vor dem Beginn des Sonderprogrammes, als wir auf Grund unserer Vereinbarungen mit der Landeshauptstadt allein in Bregenz auf jährlich drei bis vier gemeinnützige Wohnungen zurückgreifen konnten.

Gerade angesichts steigender Zahlen im Bereich unserer Grundversorgung (Notschlafstelle, Treffpunkt) ist das ein bedenkliches Signal. Immerhin ist dieses Programm eine sehr erfolgreiche Maßnahme zur Reintegration wohnungsloser Menschen: Von 11 bei DOWAS bisher beendeten Betreuungen wurde in 9 Fällen das Betreuungsziel erreicht: die Selbständigkeit in einer eigenen Wohnung. In einem weiteren Fall wurde die Betreuung in Folge veränderter Zuständigkeiten an die ambulante Wohnungslosenhilfe in Dornbirn übergeben, nur bei einem Klienten führten unsere Bemühungen nicht zum gewünschten Ergebnis.

Wir beobachten diesbezüglich ein zu geringes Interesse der Gemeinden im Bezirk Bregenz an der Bereitstellung von Gemeindewohnungen für die Reintegration wohnungsloser Menschen. Angesichts großen Lamentierens über steigende Sozialausgaben ist uns dieses geringe Interesse unverständlich: Hier hätten es die Gemeinden selbst in der Hand, ihre Ausgaben für die Sozialhilfe zu senken. Allein durch die gegenüber dem freien Wohnungsmarkt niedrigeren Mieten der gemeinnützigen Wohnungen ließen sich die Sozialhilfekosten pro KlientIn und Jahr um durchschnittlich € 1.200 senken – ganz zu schweigen von den Betreuungskosten, die durch eine gelungene Reintegration gespart werden könnten.

Statistik Ambulante Wohnbetreuung (Notwohnung, ABW/SNW)

	KlientInnen		Betreuungstage		durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Wohnbetreuungen insgesamt	29	33	6.060	6.191	209,0	187,6
davon für männliche Klienten	24	27	4.776	4.969	199,0	184,0
davon für weibliche Klientinnen	5	6	1.284	1.222	256,8	203,7
Betreuungen nach Betreuungsform u. Aufwand:						
ABW/SNW (0,5 bis 3 Jahre Betreuungsperspektive)	23	26	5662	5666	246,2	217,9
Krisen- u. Notwohnung (3 Monate Betreuungsperspektive)	8	8	398	525	49,8	65,6
Intensivbetreuungen mit erhöhtem Aufwand	11	12	1142	1352	103,8	112,7
Durchschnittsalter in Jahren	41,9	44,3				

8

Intensivwohnprogramm (stationäre Wohngemeinschaft)

Die Kontinuität des auf maximal ein Jahr angelegten Intensivwohnprogrammes in unserer Lauteracher Wohngemeinschaft hat sich weiter verbessert: Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer stieg 2009 ebenso an wie die Zahl der Belegungstage. Die Auslastung betrug im Jahresschnitt 86 %. Von den 13 KlientInnen (Vorjahr: 14) waren knapp ein Viertel Haftentlassene. Das Durchschnittsalter lag unverändert bei für die Wohnungslosenhilfe niedrigen 29 Jahren, was der Ausrichtung des Konzeptes auf Heranwachsende und junge Erwachsene entspricht.

Statistik Intensivwohnprogramm (stationäre Wohngemeinschaft)

stationäre Aufenthalte	KlientInnen		Betreuungstage		überdurchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tage	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Aufenthalte insgesamt	13	14	2.207	2.109	169,8	150,6
davon männliche Klienten	12	14	2.104	2.109	175,3	150,6
davon weibliche Klientinnen	1	0	103	0	103,0	0,0
davon Haftentlassene	3	4				
davon Klientinnen mit Bewährungshilfe	2	1				
Durchschnittsalter in Jahren	29,3	29,0				

von den 2009 aufgenommenen KlientInnen	kamen aus
NOST DOWAS	2
Notwohnung (DOWAS)	1
inoffizielles Mitwohnen	2
Gefängnis	0
Zimmer/Pension	0
stationäre Therapie/Spital	1
ambulant betreutes Wohnen	1
Wohnung Eltern	1
Wohnung PartnerIn/FreundIn	1
eigene Wohnung	1
Aufnahmen insgesamt	10

von den 2009 abgeschlossenen KlientInnen	kamen bei Aufnahme aus	gingen in
NOST DOWAS	3	2
inoffizielles Mitwohnen	2	2
Gefängnis	0	1
Zimmer/Pension	0	1
stationäre Therapie/Spital	2	1
ambulant betreutes Wohnen	0	12
Wohnung Eltern	0	1
Wohnung PartnerIn/FreundIn	1	0
Abschlüsse insgesamt		9
davon vorzeitige Abbrüche		2



10

AMBULANTE BERATUNG (SOZIALHILFE)

Trend zu mehr Krisenberatungen – türkische MitbürgerInnen sind willkommen

Bei den ambulanten Beratungen in Beratungsstelle, Notschlafstelle und Betreuten Wohnformen ist ein Vergleich von 2009 mit dem Jahr 2007 interessanter als der mit 2008. In 2008 erbrachte DOWAS insgesamt überdurchschnittlich viele Beratungsleistungen (Stunden) bei gegenüber 2007 leicht gesunkener KlientInnenzahl. Die Zahlen von 2009 entsprachen hingegen fast auf das Komma genau den Zahlen von 2007. Die Veränderungen von 2009 lagen folglich in der üblichen Schwankungsbreite und sagen eher etwas über organisatorische Schwierigkeiten (lange Krankenstände und MitarbeiterInnenwechsel) aus als über Veränderungen im grundsätzlichen Bedarf.

Mit einer Ausnahme: Gegenüber 2007 ist eine auffällige Verschiebung von der Beratungsstelle und den Betreuten Wohnformen zur Notschlafstelle in der Grundversorgung zu verzeichnen. Dies passt in den auch an anderer Stelle beschriebenen Trend einer Verlagerung des Betreuungsbedarfs von den nachhaltigeren Angeboten zu denjenigen, die sich um die Behebung prekärer Notlagen und Krisen bemühen. Es fällt uns derzeit schwer, KlientInnen, die uns im Bereich der Grundversorgung anlaufen, in unsere weiterführenden Betreuungsangebote überzuleiten. Auf dieses Problem haben wir noch keine Antworten gefunden.

Fortgeführt haben wir unser türkischsprachiges Angebot in der Beratungsstelle. Jeden letzten Freitag im Monat unterstützt eine Dolmetscherin unsere SozialarbeiterInnen bei der Beratung türkischstämmiger MitbürgerInnen. Zusätzliche Termine sind nach vorheriger Absprache möglich. Es hat lange gebraucht, bis wir die richtigen Informationskanäle gefunden hatten, über die sich ein solches Angebot unter türkischen MigrantInnen herumspricht. Außerdem stellte sich heraus, dass die Sprachprobleme weit geringer waren, als erwartet. Wirklich große Verständigungsschwierigkeiten gab es in erster Linie bei komplizierteren rechtlichen Fragen zu Sozialhilfe oder Pensionsversicherung – also dort, wo auch Deutschsprachige ihre Verständnisprobleme haben. Insofern steht für uns heute gar nicht mehr unbedingt die Sprachthematik im Mittelpunkt dieses Angebotes. Dass wir auch auf Türkisch beraten, soll vielmehr auch signalisieren, dass türkische MigrantInnen bei uns Willkommen sind.



Statistik Ambulante Beratung (Sozialhilfe *)

	KlientInnen			Beratungsstd.			Std./KlientIn		
	2009	2008	2007	2009	2008	2007	2009	2008	2007
Beratungen DOWAS insgesamt*	440	425	437	3.768,5	4.251,5	3.767,5	8,6	10,0	8,6
davon für männliche Klienten	330	329	325	2.700,0			8,2		
davon für weibliche Klientinnen	110	96	112	1.068,5			9,7		
Beratungen nach Arbeitsbereichen									
Beratungsstelle	279	263	316	1.984,0	2.219,0	2.034,0	7,1	8,4	6,4
Grundversorgung/Notschlafstelle	264	267	219	1.499,5	1.671,5	1.431,0	5,7	6,3	6,5
Betreute Wohnformen*	48	62	47	285,5	369,0	303,0	5,9	6,0	6,4

* ohne Leistungen, die im Rahmen ambulanter Wohnbetreuungen erbracht wurden



12

GRUNDVERSORGUNG

Notschlafstelle Unverändert hohe KlientInnenzahlen

Die im letzten Jahr um 20% gestiegenen KlientInnenzahlen der Notschlafstelle haben sich auf hohem Niveau stabilisiert, die Übernachtungszahlen sowie die durchschnittliche Aufenthaltsdauer sind sogar leicht gestiegen.

Insgesamt setzte sich der Trend zu mehr KlientInnen mit sehr kurzen Aufenthalten (bis 4 Nächte) fort. Diese im Prinzip erfreuliche Entwicklung hat allerdings eine Kehrseite: Einerseits erhöht sie den betrieblichen Aufwand. Und andererseits haben wir den Eindruck, dass das Interesse an nachhaltigen Integrationsmaßnahmen bei den KlientInnen gesunken ist. Ein großer Teil scheint sich damit abgefunden zu haben, in prekären Unterkunftssituationen zu leben: die Notschlafstelle ist eine dieser Notunterkünfte unter anderen. Damit wird auch die Betreuungsarbeit schwerer, einschließlich der Vermittlung in nachhaltige Betreuungsformen. Das zeigte sich auch an den Überleitungen aus der Notschlafstelle in unser Intensivwohnprogramm (Wohngemeinschaft), die stark rückläufig waren.

Umgekehrt blieb die Zahl von KlientInnen nahezu konstant, die mehr als 28 Nächte in der Notschlafstelle verbrachten. Auf diese kleine Gruppe ist auch der Anstieg der Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen – sie waren eher häufiger in der Notschlafstelle.

Statistik Notschlafstelle

	KlientInnen		Übernachtungen		durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Nächten	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Übernachtungen insgesamt	187	190	2.364	2.325	12,6	12,2
davon männliche Klienten	157	160	1.997		12,7	
davon weibliche Klientinnen	30	30	367		12,2	
Durchschnittsalter in Jahren	37,0	37,0				

Nächtigungsdauer	KlientInnen		%	
	2009	2008	2009	2008
bis 4 Nächte (Kurzaufenthalte)	88	86	47,1%	45,3%
5 bis 28 Nächte	80	86	42,8%	45,3%
29 bis 50 Nächte	14	14	7,5%	7,4%
mehr als 50 Nächte	5	4	2,7%	2,1%

Treffpunkt

Sprunghafter Anstieg der Besuchszahlen – Ausbau tagesstrukturierender Angebote

Der Treffpunkt hat im Jahr 2009 das nachvollzogen, was in der Notschlafstelle schon ein Jahr zuvor zu beobachten war: Die Zahl der Besuche stieg sprunghaft um rund 20 %, was einem Rückfall auf den Stand des Jahres 2004 entspricht. Im Durchschnitt kamen an Werktagen knapp 42 BesucherInnen statt gut 35 im Vorjahr. Zusätzlich gab es in den letzten zwei Jahren einen deutlichen Wechsel bei den BesucherInnen: Während über Jahre hinweg recht konstant der gleiche Personenkreis den Treffpunkt aufsuchte, haben wir mittlerweile eine Vielzahl neuer Gesichter. Auch die Inanspruchnahme der Versorgungsleistungen hat deutlich zugenommen: Gaben wir im letzten Jahr noch durchschnittlich 17,5 Mittagessen pro Tag aus, so waren es in 2009 22,2.

Weiter ausgebaut haben wir unsere Freizeit- und Gruppenangebote. Diese sollen unseren KlientInnen Anregungen für eine bessere Tagesstrukturierung geben und so Verwahrlosung vorbeugen. Neben der weiterhin bestehenden Fußballgruppe haben wir erfolgreich eine Tischtennisgruppe durchgeführt. Außerdem haben wir während der Monate Mai bis September an den Samstagen regelmäßig weitere Freizeitangebote und Ausflüge organisiert. Dafür war in dieser Zeit der Treffpunkt an den Sonntagen geschlossen. Für 2010 planen wir mit Geldern aus der Benefizveranstaltung mit Barbara Baladini eine Musikgruppe.

Die steigenden Zahlen sowohl in der Notschlafstelle, als auch im Treffpunkt sind eine Entwicklung, die uns mehr als alles andere Sorgen bereitet: Sie bedeuten eine klare Umkehr des Trends der letzten 6 Jahre und spiegeln eine wirkliche Verschlechterung der Lebensbedingungen unserer Zielgruppe wider.

Statistik Treffpunkt			Anzahl		durchschnittliche Besuche pro Tag	
					2009	2008
Besuche an Werktagen insgesamt	10.496	8.679	2009	2008	41,9	35,2
davon Besuche männlicher Klienten	8.563	7.038			34,1	26,5
davon Besuche weiblicher Klientinnen	1.933	1.641			7,7	6,6
Besuche an Sonn- u. Feiertagen insgesamt*	471	938			18,8	18,4
davon Besuche männlicher Klienten	398	804			15,9	15,2
davon Besuche weiblicher Klientinnen	63	134			2,5	2,5

* im Unterschied zu 2008 war der Treffpunkt in 2009 nur an den Sonn- und Feiertagen der Monate Jänner bis April und Oktober bis Dezember geöffnet. In den Monaten Mai bis September fanden alternativ Freizeitaktivitäten (z.B. Ausflüge) statt, die hier nicht mitgezählt wurden.

BETRIEBLICHE SOZIALARBEIT FÜR INTEGRA

Mehr Perspektive für die nicht vermittelten Menschen erforderlich

Im Jahr 2009 haben sich die Beratungsleistungen für INTEGRA nach dem vorjährigen Umbruch in unserem Betreuungsteam ebenso wieder eingependelt wie Zahl der betreuten TransitmitarbeiterInnen: Beide Größen liegen recht exakt im Durchschnitt der letzten vier Jahre (2.712 Beratungsstunden für 242 TransitmitarbeiterInnen. Auffällig ist der hohe Anteil von Frauen (60,3 %), was an der Schwerpunktsetzung des AMS und der damit verbundenen erhöhten Zuweisung weiblicher Langzeitarbeitsloser lag.

Wichtiger als die Zahlen sind aber noch andauernde intensive Diskussionen über eine Verbesserung der sozialarbeiterischen Betreuung:

1. Die kurze, für eine wirksame Arbeit mit psychosozialen Reintegrationshemmnissen sogar zu kurze Verweildauer macht aus unserer Sicht eine schnelle und prägnante Diagnose erforderlich, um individuell angepasste und zielgenaue Betreuungsmaßnahmen frühzeitig einleiten zu können.
2. In den letzten Jahren konnten bis zu 40 % der TransitmitarbeiterInnen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Damit erreichte aber auch über die Hälfte dieses Ziel nicht. Mit Blick auf eine dauerhafte Integration auch dieser großen Gruppe halten wir eine stärkere Gewichtung ihrer Perspektiven für die Zeit nach der Beschäftigung bei INTEGRA für erforderlich.

In Folge dieser Überlegungen wird in 2010 das Betreuungskonzept von INTEGRA überarbeitet. Das Case Management soll quantitativ und qualitativ aufgewertet werden und eine stärkere sozialarbeiterische Komponente erhalten. Die von DOWAS extern erbrachte sozialarbeiterische Beratung soll im Gegenzug stärker in die DOWAS-Beratungsstelle eingebunden werden, u.a. um Kontinuität auch nach der Beschäftigung bei INTEGRA zu ermöglichen. Dies wird im nächsten Jahr zu einer recht weit gehenden Neuausrichtung unserer betrieblichen Sozialarbeit für INTEGRA führen.

Im letztes Jahr neu aufgelegten Jugendbeschäftigungsprojekt WERKSTADT, in dem DOWAS wie im Erwachsenenbereich die Sozialarbeit durchführt, werden auf Basis der ersten Erfahrungen ebenfalls Überlegungen für eine Verbesserung angestellt.

Auffällig ist bei dieser als niederschwellig geplanten Maßnahme, dass die durchschnittlichen Beratungsleistungen pro Jugendlichen mit 9,4 Stunden deutlich geringer waren als in den Job4Youth-Programmen 2006 und 2007 (12,6 bzw. 13,7 Stunden).

Statistik Betriebliche Sozialarbeit (INTEGRA)

	KlientInnen		Beratungsstd.		Std./KlientIn	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Beratungen im GBP insgesamt	242	236	2.712,0	2.651,5	11,2	11,2
davon für männliche Klienten	96	109				
davon für weibliche Klientinnen	146	127				
Beratungen im Jugendprojekt insgesamt	24	0	226,0	0	9,4	0
davon für männliche Klienten	21					
davon für weibliche Klientinnen	3					

INTEGRA

Der Krise getrotzt

Ein schwieriges Jahr

Das Jahr 2009 bedeutet fünf Jahre INTEGRA. Es war eine der ereignisreichsten Phasen der jungen INTEGRA Geschichte. Geprägt von Weiterentwicklung und Entfaltung, aber auch betroffen von der internationalen Finanzkrise und deren Folgewirkung. Durch die Marktabhängigkeit, insbesondere auch von der exportorientierten Sachgüterproduktion, spürten wir die globalen Turbulenzen in zweifacher Hinsicht – Rückgang bei den Vermittlungserfolgen in den Arbeitsmarkt und zeitweise ein förmlicher Einbruch bei den Eigenerlösen. Die Dynamik wird anschaulich, wenn wir die Monate Oktober und November 2008 vergleichen. Konnten wir im zehnten Monat 2008 noch ein Rekordergebnis an verkauften Integrations-leasingstunden aufweisen, folgte im November ein Absturz um über 60%. Diese Flaute begleitete uns noch das ganze erste Quartal 2009, bis das Geschäft im April deutlich anzog und schlussendlich im Monat Juni das bislang beste Monatergebnis in der INTEGRA Geschichte erzielt werden konnte. Die weitere Geschäftstätigkeit entwickelte sich derart erfreulich, dass wir auch im schwierigen Jahr 2009 ein in geschäftlicher Hinsicht positives Resümee ziehen können. Hier zeigt sich, dass die Gründung von INTEGRA und die Fusionierung der Bregenzer Arbeitsprojekte eine richtige Entscheidung war. Durch die Branchenvielfalt – Industrie, Handwerk, Dienstleistung, Handel – ist es gelungen, Einbrüche in einzelnen Arbeitsbereichen weitgehend zu kompensieren. Des Weiteren gelten wir als stabiler und zuverlässiger Geschäftspartner. Mit allen KundInnen sind wir auch nach den Ausfällen wieder geschäftlich tätig.

27% mehr Eintritte

Der Blick auf die Personalstatistik ist überschattet vom Einbruch der Vermittlungsquote. Gelang in den vergangenen Jahren trotz großer individueller Problemlagen eine Vermittlungsquote von rund 40%, sank dieser Anteil 2009 auf 26%. Sechs Prozent der Austritte führten in die Pension oder in eine Therapie. Für über die Hälfte der TeilnehmerInnen endete die Beschäftigung durch die planmäßige Beendigung des Dienstverhältnisses als Teilerfolg. Auch diese MitarbeiterInnen berichten von einer zumindest temporären Verbesserung der Lebensqualität und haben sich durch die Zusammenarbeit wertvolle Versicherungszeiten erworben. Oft konnten durch die Weitervermittlung in andere Betreuungsverhältnisse Perspektiven mit auf den Weg gegeben werden, auch die sozialen Kontakte untereinander haben noch weiterhin Bestand. Die MitarbeiterInnen werden vom AMS weiter betreut oder finden selbständig einen Job. Für einige davon werden die Türen von INTEGRA nach einer Arbeitslosigkeit von einem Jahr wieder offen stehen. Diese positive Darstellung beinhaltet eine Spur Zweckoptimismus. Wir fordern und entwickeln deshalb längerfristige Beschäftigungsmodelle.

Trotz der auftragsbezogenen Schwankungen konnte eine Auslastung des Beschäftigungsvolumens von über 98% erreicht werden. In keinem Jahr zuvor konnten so viele Menschen aufgenommen werden. Wir brachten 178 Menschen bei INTEGRA in Arbeit und Brot. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung von 27%. Die durchschnittliche Verweildauer betrug 6,5 Monate und ist mit den Vorjahren vergleichbar. Insgesamt beschäftigten wir 247 Transitarbeitskräfte. Addieren wir alle Auszubildenden, PraktikantInnen, TeilnehmerInnen des neuen Jugendbeschäftigungsprojektes, MitarbeiterInnen auf geschützten Arbeitsplätzen und Schlüsselkräfte dazu, betrug die Anzahl aller Beschäftigten 484. Das bedeutet eine Zunahme um 9% gegenüber dem Vorjahr.

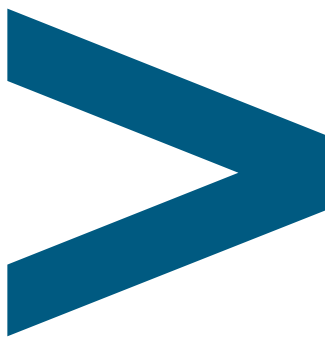
Der Krise getrotzt**Armutsbekämpfung, Frauenförderung und Integration von MigrantInnen**

Die Funktion von INTEGRA darf sich nicht lediglich auf die einer arbeitsmarktorientierten Maßnahme reduzieren lassen. Das Engagement ist ein gesellschaftspolitisches – neben der Armutsbekämpfung, stehen auch die Frauenförderung und die Integration von MigrantInnen im Vordergrund. Die Frauenquote beträgt 60%, der Anteil an MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund beläuft sich auf 50%.

Oft wird sehr leichtfertig über den Auftrag der Arbeitsprojekte debattiert, z.B. von Seiten der Politik, wenn es um die Kosten geht. Dabei wird vernachlässigt, dass ein beträchtlicher Teil der Fördersummen postwendend mittels Steuer- und Sozialabgaben wieder an den Fiskus zurücktransferiert wird. Vergleichen wir diese Nettoförderkosten mit den Kosten der Arbeitslosigkeit resultiert ein nicht zu knapper volkswirtschaftlicher Gewinn. Der ist nachweisbar. Zu oft wird nur diskutiert. Arbeitskreise, Leitbilder, Tages- und Jahresmottos mögen der Bewusstseinsbildung dienen, sind aber erstmal lediglich Lippenbekenntnisse. Zu viele Menschen sind von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen und deshalb vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und perspektivenlos. Die Defizite und Probleme werden lediglich verwaltet, statt einer möglichen Lösung zugeführt. Arbeit ist einer der zentralen Lebensbereiche. Über anständige Arbeit lassen sich fast alle Grundbedürfnisse befriedigen – Broterwerb, soziale Kontakte, Autonomie, kreative Entfaltung, Selbstverwirklichung.

Innovation und Weiterentwicklung der Angebote 2009

- Die Arbeitsvorbereitungswoche für Transitarbeitskräfte beim Eintritt kann als Meilenstein im Sozialarbeits- und Personalentwicklungskonzept bezeichnet werden. INTEGRA verfügt durch dieses Instrument ein Alleinstellungsmerkmal.
- Ein Handbuch für Transitarbeitskräfte wurde entwickelt und eingeführt.
- Die Metallwerkstatt wurde räumlich erweitert und die Umsetzung von Qualifizierungen in Metallberufen weiter forciert. So konnte der erste Lehrabschluss zum Metallbearbeitungstechniker realisiert werden.
- Resultierend aus einem Ideenwettbewerb wurde der neue Arbeitsbereich Car- und Bikewash gegründet. Wir erleben eine tolle Kundenresonanz und die Tätigkeit gilt bei Transitarbeitskräften als attraktives Beschäftigungsfeld. Die Geschäftsidee fungiert bereits als Vorbild für neue Arbeitsprojekte bei anderen Trägern - mehrere Anfragen bestätigen dies.
- In Rekordzeit wurde die „WerkStadt Bregenz – Jugend in Arbeit“ umgesetzt. 25 Jugendliche konnten beschäftigt werden. Die Vermittlungsquote beträgt 65%.
- Im Oktober wurde die erste Postpartnerstelle in Lochau übernommen. Wir sichern die Nahversorgung und qualifizierte WiedereinsteigerInnen und ältere Arbeitssuchende können hochwertige Arbeitsplätze vorfinden. Bis dato wurden drei Personen beschäftigt, zwei davon konnten bereits eine Arbeitsstelle finden.
- 2009 war stark geprägt von den Vorbereitungen zur Eröffnung der „Siebensachen“, dem neuen Gebrauchtwarenkaufhaus mitten in Bregenz. Auch hier sind attraktive Arbeitsplätze entstanden und in Bregenz konnte ein langersehnter Lückenschluss erfolgen. Das Sortiment und die Verkaufsflächen konnten erweitert und die ursprüngliche Geschäftsidee des Vereines AFFRA ausgebaut werden.



INTEGRA arbeitet qualitativ und professionell. Dies bestätigen zwei sehr umfangreiche und ausführliche Prüfungen: Landesrechnungshofbericht und Gütesiegel für soziale Integrationsunternehmen. Im Zuge dessen wurden die Prozesse und Ergebnisse von mehreren Assessoren aus verschiedenen Blickwinkeln und unter Anwendung verschiedener Methoden begutachtet. Das Resümee des Landesrechnungshofberichtes ist durchwegs positiv und im Frühjahr 2010 werden wir als bisher einziger vorarlberger Betrieb das Gütesiegel für soziale Integrationsunternehmen in Empfang nehmen können.

Alle ziehen an einem Strang

Die Erfolge sind nur möglich, wenn alle an einem Strang ziehen. Deshalb gilt unser Dank:

- allen FördergeberInnen: AMS, Land Vorarlberg, Europäischer Sozialfonds, Interregförderprogramm, Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, Gemeinden der Regionalplanungsgemeinschaft Bodensee
- den SponsorInnen: Raiffeisenbank Bregenz, Katholische ArbeitnehmerInnenbewegung und zahlreichen Vorarlberger Wirtschaftsbetrieben, die sich mit Sachspenden an der Einrichtung der WerkStadt Bregenz beteiligt haben
- den Trägervereinen und GesellschafterInnen: AFFRA, ARB, DOWAS
- allen KundInnen und GeschäftspartnerInnen
- und unseren MitarbeiterInnen, die sich hoch motiviert und sehr engagiert den täglichen Herausforderungen stellen. Die gute Entwicklung resultiert in erster Linie aus dieser Kraft.

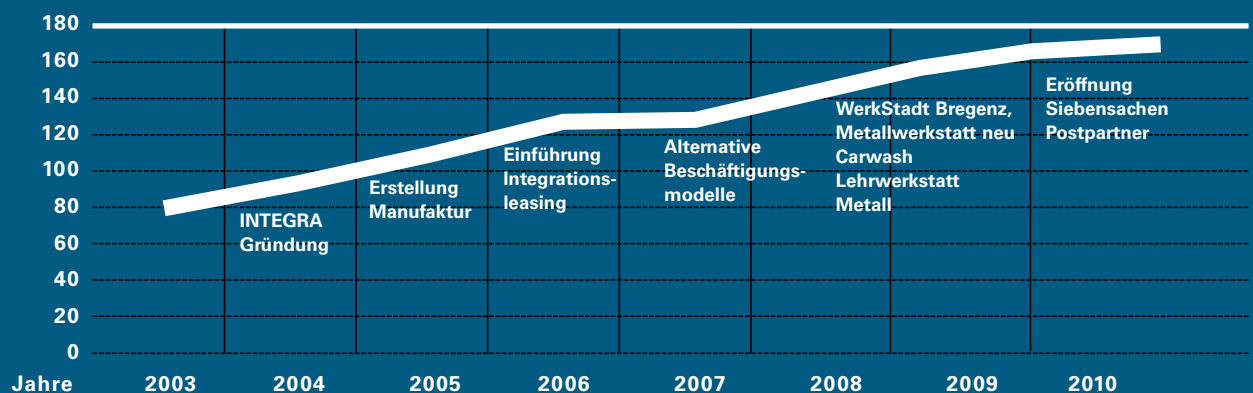
Ausblick

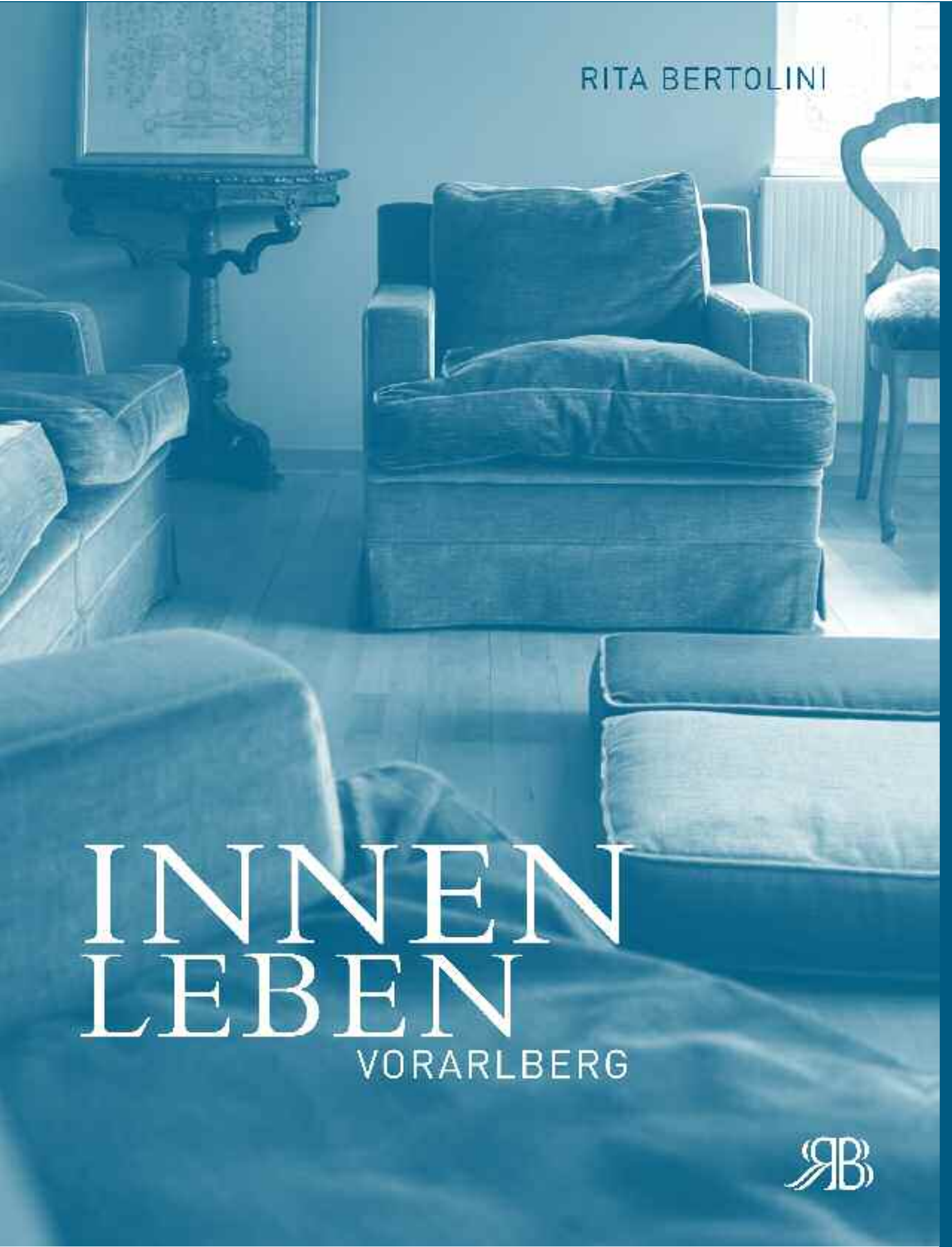
Die Lage am Arbeitsmarkt und die klammen öffentlichen Kassen bedingen eine intensive Auseinandersetzung mit dem Auftrag und der Rolle von INTEGRA. Wir erleben ein massives Marktversagen. INTEGRA wird sich deshalb mit den Strukturen eines neuen Marktes - eines integrativen oder erweiterten Arbeitsmarktes auseinandersetzen müssen. Dazu gehört die Organisation von neuer Arbeit mit nachhaltigem und gemeinnützigem Charakter. Menschen brauchen eine sinnvolle Beschäftigung und soziale Sicherheit und beides mit Perspektive. Mit viel Mut und Zuversicht stellen wir uns dieser Herausforderung.

Stefan Koch

Geschäftsführer von INTEGRA

Entwicklung der Bregenzer Arbeitsprojekte 2003–2010
mit Meilensteinen, ohne Jugendbeschäftigungsprogramm J4Y





RITA BERTOLINI

INNEN LEBEN

VORARLBERG



ÖFFENTLICHES INNENLEBEN

Beitrag von Michael Diettrich in dem Buch von
Rita Bertolini, Innenleben Vorarlberg, Bregenz 2010, S. 448 f

„Was eine Zeit als Böse empfindet, ist gewöhnlich ein unzeit-
gemäßer Nachschlag dessen, was ehemals als gut empfunden
wurde – der Atavismus eines älteren Ideals.“¹

Friedrich Nietzsche

ÖFFENTLICHES INNENLEBEN

Vielleicht ging es Ihnen ja wie mir – meine ersten Assoziationen zum Thema „Innenleben“ waren: Intimität, Privatheit, Privaträume – letztlich auch der Inbegriff des intimen Privatraumes, das Schlafzimmer. In diesem Kontext wirken dann Bilder einer Notschlafstelle, denen selbst die um Ästhetisierung bemühte Fotografin nicht einmal einen Hauch von Intimität und Privatissime eingeben konnte, fremd und irritierend. Weder gibt es in diesen Schlafräumen ausreichend Platz für individuelle Gestaltung, noch haben die BewohnerInnen Einfluss darauf, wer noch alles neben ihnen schläft. Zudem legen die Bilder den Verdacht nahe, dass die sinnliche Realität möglicherweise noch manches bereithalten könnte, was uns die Nase rümpfen ließe.

Die Irritationen lassen sich allerdings relativieren, wenn man sie kulturhistorisch hinterfragt und dabei feststellt, dass die ihnen zu Grunde liegenden Annahmen und Selbstverständlichkeiten erst vor relativ kurzer Zeit entstanden sind, und uns folglich die Bilder einer Notschlafstelle gar nicht so fern und fremd sein sollten. Sagmeister und Sagmeister-Fox erwähnen in ihrem Text¹ über das Wohnen in Vorarlberg, dass das ursprüngliche Haus nur einen einzigen Raum besaß, in dem alle (einschließlich des Viehs) wohnten und schliefen und in dem es weder Rückzugsmöglichkeiten noch eine unseren Vorstellungen entsprechende Intimität gab. Norbert Elias kommt in seiner Analyse des Zivilisationsprozesses gar zu dem Schluss, dass die Ausdifferenzierung einer Privatsphäre einschließlich der Trennung von öffentlichen und privaten, das heißt intimen, Räumen erst relativ spät, nämlich im 18. Jahrhundert mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft, ihren Anfang nahm. Noch „in der mittelalterlichen Gesellschaft war (es) ... durchaus üblich, in den Räumen, in denen Betten standen, Besuch zu empfangen. ... Es war sehr gewöhnlich, dass viele Menschen in einem Raum übernachteten, in der Oberschicht der Herr mit seinem Diener, die Frau mit ... ihren Mägden, in anderen Schichten häufig selbst Männer und Frauen in dem gleichen Raum, oft auch Gäste, die über Nacht blieben.“² Zwar wendet Hans Peter Duerr³ aus ethnologischer Perspektive ein, dass Intimität auch in nativen Kulturen lange vor der Entstehung einer (westlichen) bürgerlichen Gesellschaft zu beobachten sei. Er führt zahlreiche Beispiele an, wie symbolische, auf sozialer Übereinkunft basierende Regelungen fehlende räumliche Rückzugsmöglichkeiten ersetzen und Intimität herstellen können. Dennoch bleibt zu konstatieren, dass unsere heutigen Vorstellungen von Privatheit und Intimität kulturhistorisch relativ jung sind und auch in vielen Regionen Vorarlbergs noch vor 200 Jahren eben nicht selbstverständlich waren. Auch andere



Phänomene, die im Zusammenhang mit wohnungslosen bzw. armen Menschen zu beobachten sind und auf uns befremdlich wirken, lassen sich ähnlich betrachten. So sind zum Beispiel die auch in den größeren Städten Vorarlbergs sichtbaren Straßen-Szenen das Resultat nicht vorhandener oder beengter Wohnräume: Die Straße wird gewissermaßen zu einem nach außen verlagerten (privaten) Kommunikationsraum, ein öffentliches „Wohnzimmer“. Was bei uns in Mitteleuropa als ungewöhnlich gilt und Anlass für eine Vielzahl von Konflikten gibt, ist etwas weiter im Süden, im romanischen Kulturkreis, eher Normalität – Italienurlaubern ist diese Form öffentlicher Kommunikation und Kontaktpflege einschließlich der damit einhergehenden Unruhe und Lautstärke wohlbekannt. Manches Verhalten, das dort öffentlich ausgelebt und akzeptiert wird, wäre nach unserem Verständnis „intim“ oder eine „Störung der öffentlichen Ordnung“ und sollte besser den eigenen vier Wänden vorbehalten bleiben. Die Grenzen zwischen „Öffentlichkeit“ und „Intimität“ sind dort anders gezogen und folgen informellen Regeln, die uns als Mitteleuropäern oft schwer verständlich sind und fremd erscheinen.

Die Beispiele zeigen, wie relativ die Begriffe „öffentlich“ und „privat“, „Innen“ und „Außen“(-leben) sind. Ihre soziale Bedeutung und ihre Relevanz sind abhängig vom jeweiligen historischen und kulturellen Kontext. Was vor ein paar hundert Jahren gesellschaftliche Normalität war, was vom Touristen im Urlaub als „folkloristische Ursprünglichkeit“ geschätzt wird, kann in der hiesigen sozialen Realität ein gravierendes Problem darstellen.

Individualität und Persönlichkeit werden in unserer Kultur hoch bewertet, und zu beiden gehört typischerweise die Privatsphäre. Schutz und Respektierung privater Räume sind deshalb wichtig und selbstverständlich. „In unserer Gesellschaft spielen sich wesentliche Teile des Zusammenlebens in privaten Räumen ab. ... Das eigene Zuhause wird mit Schutz, Geborgenheit und Identitätsent-



wicklung assoziiert. In diesem üben wir eine Zugangskontrolle aus und können die eigenen Räume nach eigenen Vorstellungen inszenieren. ... Wichtig ist nicht nur generell der geschützte ... Raum, sondern auch die Rückzugsmöglichkeit des Einzelnen, also eine partielle selbst gewählte Einsamkeit. Ohne sie können zentrale Aspekte dessen, was unter Autonomie und einem autonomen Leben zu verstehen ist, verloren gehen.“⁴ Autonomie gilt aber in der Sozialpsychologie als Voraussetzung für gelingende soziale Beziehungen sowie für den Aufbau einer realistischen Selbst- und Fremdwahrnehmung. Fehlt Autonomie, können Verhaltensauffälligkeiten und daraus resultierend soziale Desintegration die Folge sein. Die bei dauerhaft wohnungslosen Menschen oft zu beobachtenden Verhaltensauffälligkeiten, von Antriebslosigkeit bis hin zu offener Aggression, müssen somit auch als Folge von fehlendem Privatraum, von Mangel an Rückzugsmöglichkeiten und von fehlender Autonomie interpretiert werden. In der landläufigen Diskussion wird Armut fast ausschließlich über die Höhe des verfügbaren Einkommens definiert. Im Sinne der vorangegangenen Ausführungen ist Armut aber mehr: Armut schränkt den Zugang zu materiellen und ideellen Kulturgütern ein, die in unserer Gesellschaft als Standard(werte) gelten. Was sich aus soziologischer Perspektive als Ausschluss aus dieser gesellschaftlichen Normalität beschreiben lässt, stellt sich psychologisch betrachtet als von der Norm abweichendes Verhalten dar, das aus diesem Ausschluss resultiert und ihn in der Folge zusätzlich stabilisiert. Die eingeschränkte Verfügbarkeit und Kontrolle über privaten Raum spielen dabei eine wichtige Rolle. Zugespitzt könnte man die These aufstellen: Armut in Verbindung mit eingeschränktem oder gar fehlendem Wohnraum ist Leben in einer anderen Zeit und in einer Kultur mit zum Teil anderen Werten. Norbert Elias' Beschreibung der mittelalterlichen Wohngewohnheiten dürfte den Bewohnerinnen und Bewohnern einer Notschlafstelle nicht fremd sein: keine Privaträume, keine Privatsphäre, zwar nach Geschlechtern getrennte Schlafzimmer, dafür aber so gut wie keine Zugangskontrolle. Man ist gezwungen, den MitbewohnerInnen sein Intimstes preiszugeben, nicht einmal der eigene Körper ist vor den Blicken anderer geschützt. Informelle Regeln wahren ein Minimum an wenigstens symboli-

scher Intimität: Solange es irgendwie geht, schaut man nicht hin, redet nicht über das, was man doch gesehen hat, und hört weg, wenn beispielsweise ein Paar im Badezimmer seine Sexualität lebt. Es ist von daher nicht verwunderlich, dass manche wohnungslose Menschen eine „partielle Einsamkeit“ wählen und auch den Winter lieber im Zelt an der Bregenzer Ach verbringen als in einer Not-schlafstelle. Man kann dies als hilflosen Versuch deuten, zumindest ein Stück Intimsphäre und Würde zu retten.

Im kulturhistorischen Kontext wird zudem deutlich, wie relativ auch Armut selbst ist, und wie unangemessen die häufig zu hörende Bemerkung, unseren Armen ginge es im Vergleich zu früher oder zur Armut in Ländern der Dritten Welt doch gut. Solange das gemeinsame Wohnen in einem Haus mit nur einem Raum für die überwiegende Zahl der Menschen kultureller Standard war, solange richteten sich die Gewohnheiten daran aus, und es erwuchs daraus auch kein von der sozialen Norm abweichendes Verhalten.

In unserer modernen westlichen Kultur hingegen, die sich an Werten wie Individualität und Autonomie orientiert, bedeutet das Leben in einer Notschlafstelle Ausschluss aus der „Leitkultur“ mit den bereits beschriebenen psychosozialen Folgen – für den Einzelnen und für die Gemeinschaft. Dann ist auch das Leben auf der Straße nicht mehr Ausdruck „romanischer Lebenslust“, sondern Resultat des soziokulturellen Ausschlusses. Es entsteht gewissermaßen eine Art Parallelgesellschaft von Menschen, die infolge fehlender Rückzugsmöglichkeiten nur eine begrenzte Autonomie sowie eine von der Norm abweichende Selbst- und Fremdwahrnehmung ausgebildet haben. Damit aber verstoßen sie permanent gegen die normativen Regeln der „Leitkultur“. Solches Verhalten mag irritieren und auch stören – kulturhistorisch betrachtet ist es unserer „heimischen Kultur“ allerdings nicht ganz so fremd, wie wir es manchmal gerne hätten.

Frei nach Friedrich Nietzsche könnte man es vielmehr als einen unzeitgemäßen Nachschlag dessen bezeichnen, was ehemals auch in unseren Landen als „gut“ empfunden wurde.

Diese Sichtweise könnte einen Ansatz bieten für mehr Verständigung anstelle konfrontativer Abwehr. Und sie müsste ein dringender Appell sein, das Mittelalter für die derzeit eher wachsende Zahl armer Menschen in unserer Gesellschaft endgültig zu beenden.⁵

1 Kathleen Sagmeister-Fox u. Rudolf Sagmeister, Bauen und Wohnen in Vorarlberg seit dem Mittelalter, in: Rita Bertolini, Innenleben Vorarlberg, Bregenz 2010, S. 16 f

2 Norbert Elias: Über den Prozeß der Zivilisation. Frankfurt/Main 1969, S. 232.

3 Vgl. Hans Peter Duerr: Der Mythos vom Zivilisationsprozeß, Band 2: Intimität. Frankfurt/Main 1990.

4 Mitra Keller: Geheimnisse und ihre lebensgeschichtliche Bedeutung. Berlin u.a. 2007, S. 46.

5 Es sei nur am Rande erwähnt, dass meines Erachtens die in diesem Beitrag beschriebenen Phänomene auch bei einem weiteren, derzeit kontrovers diskutierten sozialen Problem zum Tragen kommen: den so genannten migrantischen „Parallelgesellschaften“. Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese „Parallelgesellschaften“ mehr eine Folge von Armut und sozialem Ausschluss sind, als dass sie aus der Kultur der Herkunftsländer beziehungsweise aus der Religion resultieren.

SIE MÖCHTEN UNS UNTERSTÜTZEN?

Ob mit Geld, Waren oder Zeit: Wir freuen uns über Ihre Hilfe. Wir garantieren die strikte Verwendung der Mittel nach Ihrem Wunsch. Wenn Sie sich für unsere Arbeit interessieren, lernen Sie unsere Arbeit vor Ort kennen!

• Geldspenden

Mit der Aktion „1 + 1“ ermöglichen Sie unseren Klienten ein warmes Mittagessen. Täglich kochen im Treffpunkt KlientInnen für andere KlientInnen. Eine Mahlzeit kostet etwa zwei Euro, die Hälfte davon berappen unsere KlientInnen selbst, die andere Hälfte muss über Spenden aufgebracht werden. Im Jahr werden im Treffpunkt um die 4.000 Essen gekocht, dafür brauchen wir Spenden in Höhe von 2.000 Euro.

Unser Konto: 0000-018036, Sparkasse Bregenz, BLZ 20601

• Sachspenden

Lebensmittel, Säfte, Drogerieartikel oder Leintücher können wir direkt in der Betreuung unserer KlientInnen einsetzen. Aber auch Gutscheine jeder Art, etwa für Büromaterial, Nahrungsmittel oder Benzin erleichtern unsere Arbeit.

• Zeitspenden

Beispielsweise als Grafiker, Rechtsanwalt oder Programmierer sind einige Stunden Ihrer Zeit ein echtes Geschenk für DOWAS. Vor allem in Bereichen wie Sport oder Kultur sind Ihre Kenntnisse von großem Wert für die Freizeit-Aktivitäten unserer KlientInnen.

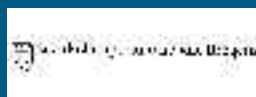
SIE HABEN UNS UNTERSTÜTZT UND GEFÖRDERT

Dafür und für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2009 bedanken wir uns bei

Land Vorarlberg



Bezirkshauptmannschaft Bregenz



Landeshauptstadt Bregenz



Bundesministerium für Justiz

